



Udo Bayer

ESSENER BÜRGER BÜNDNIS (EBB) mit klarem Kurs

Udo Bayer: Klares NEIN zu „Essen ist unser“!

I. Das Bürgerbegehren mit dem irreführenden Titel „Essen ist unser“ verlangt, dass jede Form der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen ausgeschlossen wird. Damit soll ein Dogma zur Grundlage der Stadtpolitik erhoben werden, das wichtige kommunalpolitische Handlungsoptionen unterbindet und die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik aushebelt.

II. Das Essener Finanzdesaster hat inzwischen zerstörerische Dimensionen angenommen. Täglich gibt die Stadt rd. 1 Mio. € mehr aus als sie einnimmt. Das jährliche Haushaltsdefizit beträgt rd. 300 Mio. €. Bis 2010 wird sich ein gigantischer Fehlbetrag von rd. 2,5 Milliarden € aufsummiert haben. 2013 wird das gesamte städtische Vermögen aufgezehrt sein, wenn nicht schnell und durchgreifend gegengesteuert wird.

III. Die Sanierung der Stadtfinanzen erfordert die Überprüfung aller kommunalen Strukturen, den Abbau überflüssiger Bürokratien und die Anwendung sämtlicher kommunaler Handlungsinstrumente. Ökonomisch sinnvolle Entscheidungen dürfen nicht unmöglich gemacht werden! Zwischen dem Wohl der Stadt und den Partikularinteressen des öffentlichen Dienstes muss sorgfältig differenziert werden. Es bleibt eine komplexe Aufgabe, wirtschaftliche Vernunft, administrative Effizienz sowie Bürgerinteressen und Gemeinwohl auszutarieren.

IV. Zur Zukunftssicherung unserer Stadt muss nach Auffassung des ESSENER BÜRGER BÜNDNISSES eine durchgreifende Verwaltungsreform in Gang gesetzt und der Weg von der Dienstleistungs- zur Gewährleistungsverwaltung eingeschlagen werden. Angesichts des Essener Finanzdesasters und des massiven Bevölkerungsrückgangs muss sich unsere Stadt von bestimmten Aufgaben trennen und zugleich von der Illusion verabschieden, fast alle Aufgaben in eigener Regie erledigen zu können. Gezielte Privatisierungen und kompetente PPP-Modelle können effizientere und kostengünstigere Formen kommunaler Dienstleistungserbringung sein. Scheinprivatisierungen als Ausgliederung städtischer Aufgaben in handelsrechtliche Formen sind jedoch abzulehnen. Sie führen keineswegs zu größerer Wirtschaftlichkeit, sondern schaffen neue Wasserköpfe, fördern nur den Parteienfilz und bilden den Nährboden für Korruption.

V. Im „Bericht an den Club of Rome“ hat ein internationales Autorenteam unter Leitung von E. U. von Weizsäcker 2006 das Ergebnis seiner umfangreichen wissenschaftlichen Studien zur Privatisierung wie folgt formuliert: „Wir empfehlen eine gesunde Wachsamkeit für die Grenzen der Privatisierung, nicht eine schlanke Ablehnung oder Befürwortung. Für den optimalen Pfad brauchen wir die Partnerschaft zwischen kräftigen Privatfirmen und fähigen öffentlichen Akteuren“ (S. 336). Und genau darum geht es auch beim Bürgerentscheid „Essen ist unser“: Das Instrument der Privatisierung weder zu verteufeln noch zu glorifizieren, keine falschen Dogmen aufzustellen und Extreme zu vermeiden.

VI. Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS (EBB) ist als kommunale Wählervereinigung fest in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Als Sprachrohr der Bürgergesellschaft steht das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS für eine Politik der pragmatischen Vernunft. Einen postsozialistischen Kommunaldirigismus lehnt das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS genauso ab wie einen strammen Vulgärliberalismus. **Zu „Essen ist unser“** sagt das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS deshalb ein

klares und entschiedenes „NEIN“!

